Protokoll

über die **Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2011/2016 am **Montag, dem 30.06.2014, um 18:00 Uhr**, in der Mensa der Oberschule Edewecht, Breeweg 42, 26188 Edewecht.

Teilnehmer:

Vorsitzender

Axel Hohnholz

Ratsmitglieder

Thomas Apitzsch

Knut Bekaam

Kai Hinrich Bischoff

Jörg Brunßen

Hiltrud Engler

Heidi Exner

Dr. Hans Fittje

Melanie Greulich

Mark Gröber

Uwe Heiderich-Willmer

Erich Henkensiefken

Erhard Hennig-Weltzien

Josefine Hinrichs

Roland Jacobs

Gerold Kahle

Jörg Korte

Wolfgang Krüger

Klaus Laumann

Manfred Lüers

Uwe Martens

Gerhard Meyer

Gundolf Oetje

Torsten Pophanken

MdL Sigrid Rakow

Wolfgang Seeger

Freia Taeger

Theodor Vehndel

Frank von Aschwege

Egon Wichmann

Entschuldigt fehlen:

Hergen Erhardt

Uwe Hilgen

Enno Jeddelloh

Petra Lausch

Detlef Reil

Von der Verwaltung

Wilfried Kahlen	Gemeindeoberamtsrat (GOAR)
Nico Pannemann	Gemeindeamtsrat (GAR), zugleich als Protokollführer
Sven Temmen	Gemeindeamtmann (GA) ab TOP 8.1
Rolf Torkel	Gemeindeverwaltungsoberrat (GVOR)

Teilnehmer des Jugendgemeinderates (nur im öffentlichen Teil)

Marlene Mörig	ab TOP 8.1
---------------	------------

Gäste

Dr. Eisner	NSI Consult, Braunschweig zu TOP 9.2
------------	--------------------------------------

TAGESORDNUNG

A. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 31.03.2014
5. Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat
6. Einwohnerfragestunde
7. Umbesetzung von Ausschüssen
 1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Umbesetzung Kinder-, Jugend und Sozialausschuss
 2. Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: 2014/FB I/1639
8. Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss
- 8.1. Potenzielle Flächen für die Windenergie in der Gemeinde Edewecht
Vorlage: 2014/FB III/1636
- 8.2. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 A an der Dorfstraße in Friedrichsfehn im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2014/FB III/1637
- 8.3. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178 "nördlich der Lajestraße" in Nord Edewecht II im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2014/FB III/1638
- 8.4. 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2013 (vormals 47. Änderung des Flächennutzungsplanes) und Bebauungsplan Nr. 123 "Gymnasium" am Göhlenweg in Edewecht;
Abschließende Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Vorbereitung des Satzungs- und Feststellungsbeschlusses
Vorlage: 2014/FB III/1584
9. Beschlussvorschläge aus dem Wirtschafts- und Haushaltsausschuss

- 9.1. Breitbandausbau im Landkreis Ammerland
Vorlage: 2014/Stab/1604
- 9.2. Festlegung von strategischen Zielen für die Gemeinde Edewecht sowie
Benennung der wesentlichen Produkte für das Haushaltswesen
Vorlage: 2014/Stab/1606
10. Beschlussvorschläge aus dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Soziales
- 10.1. Jugendgemeinderat
Änderung der Grundlagen für die Zusammensetzung und Ausstattung des
Jugendgemeinderates
Vorlage: 2014/FB II/1643
- 10.2. Platzbedarf im Kindergartenbereich
Situation in Friedrichsfehn
Vorlage: 2014/FB II/1642
11. Beschlussvorschläge aus dem Schulausschuss
- 11.1. GOBS Friedrichsfehn
Neubau einer Mensa
Vorlage: 2014/FB II/1630
- 11.2. Änderung der Festlegung der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen der
Gemeinde Edewecht
Vorlage: 2014/FB II/1631
- 11.3. Erlass einer Satzung über die Benutzung von gemeindeeigenen Schulhöfen
Überarbeiteter Satzungsentwurf
Vorlage: 2014/FB II/1632
12. Markierung auf den Wahlplakatwänden, Regularien der Benutzung
Vorlage: 2014/FB II/1651
13. Benutzungs- und Entgeltordnung für den Wohnmobilstellplatz am Marktplatz in
Edewecht
Vorlage: 2014/FB III/1640
14. Annahme von Spenden
15. Anfragen und Hinweise
- 15.1. Gebäude Deyehof
- 15.2. Ziegeleistraße Jeddelloh I
16. Einwohnerfragestunde
17. Schließung der Sitzung

TOP 1:
Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender (RV) Hohnholz eröffnet um 18.00 Uhr die heutige Sitzung des Rates und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung, Frau Buttkus von der Nordwest-Zeitung, Herrn Dr. Eisner von der Fa. NSI Consult und die zahlreichen Zuhörer.

TOP 2:
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

RV Hohnholz stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

Durch namentlichen Aufruf wird festgestellt, welche Mitglieder des Rates anwesend sind.

TOP 3:
Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

RV Hohnholz stellt fest, dass der Rat aufgrund ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist und nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren werden soll. Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

TOP 4:
Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 31.03.2014

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 5:
Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat

Der Verwaltungsbericht ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 6:
Einwohnerfragestunde

Zu Beginn der Einwohnerfragestunde weist RV Hohnholz auf die Regelungen der Geschäftsordnung hin, die vorsehen, dass eine aktive Beteiligung der Zuhörer nur jeweils in den Einwohnerfragestunden zulässig sei. Zu den weiteren Tagesordnungspunkten seien weder Beifallsbekundungen noch Unmutsäußerungen zulässig.

Auf Nachfrage eines Einwohners, warum nicht endgültig beschlossen werde, auf die Ausweisung weiterer Flächen für Windenergieanlagen zu verzichten, führt GVOR

Torkel aus, die Planungshoheit liege grds. bei der Gemeinde. Zum jetzigen Zeitpunkt befinde man sich allerdings noch nicht in einem Planungsstadium. Ohne den weiteren Beratungen vorgreifen zu wollen, sehe der im Verwaltungsausschuss entwickelte Beschlussvorschlag vor, von weiteren Verfahrensschritten zunächst abzusehen und die derzeit noch offenen Fragen auch unter Beteiligung eines runden Tisches zu klären. Eine für alle Zeiten gültige Entscheidung könne ohnehin nicht getroffen werden, weil bspw. nach einer Wahl neue Mehrheiten entstünden und sodann auch andere Entscheidungen getroffen werden könnten.

Auf Nachfrage eines weiteren Einwohners führt GVOR Torkel aus, die Bürger müssten im Rahmen der vorgesehenen Beteiligungsverfahren ihre Belange vortragen. Hierzu gehöre auch die Geltendmachung eines möglichen Wertverlustes der Immobilien.

Auf Nachfrage eines weiteren Einwohners zu einer möglichen juristischen Beratung führt GVOR Torkel aus, dass es verschiedentliche Gespräche mit der Aufsichtsbehörde gegeben habe und auch ein informeller Austausch mit einem Fachanwalt stattgefunden habe. Derzeit befinde man sich allerdings noch nicht in einem konkreten Planungsverfahren, so dass eine intensivere juristische Konsultation noch nicht erforderlich gewesen sei.

Auf Nachfrage eines weiteren Einwohners führt GVOR Torkel aus, dass es zur Besetzung des runden Tisches keinen konkreten Vorschlag gebe, es sollten allerdings möglichst alle Interessengruppen vertreten sein. Letztlich handele es sich hierbei allerdings nicht um ein Entscheidungsgremium, sodass eine paritätische Besetzung nicht zwingend erforderlich sei.

TOP 7:

Umbesetzung von Ausschüssen

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Umbesetzung Kinder-, Jugend und Sozialausschuss

2. Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung des Verwaltungsausschusses

Vorlage: 2014/FB I/1639

Nachdem RV Hohnholz die Anträge der Fraktionen auf Umbesetzung vorgetragen hat, fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Ausschussumbesetzungen werden durch Beschluss gem. § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 8:

Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss

TOP 8.1:

Potenzielle Flächen für die Windenergie in der Gemeinde Edewecht

Vorlage: 2014/FB III/1636

GOAR Kahlen fasst rückblickend den aktuellen Beratungsstand zusammen und spricht in diesem Zusammenhang die wesentlichen Inhalte des aus dem Verwaltungsausschuss vorliegenden Beschlussvorschlags an. Bezüglich des Gutachtens der Gemeinde Barßel zur avifaunistischen Untersuchung des Bereichs „Kammersand“ berichtet er zudem, dass dieses in Schriftform noch nicht vorliege und verständlicher Weise zunächst in die internen Beratungen der Gemeinde Barßel einfließe. Ferner sei ein Antrag der UWG-Fraktion eingebracht worden, der darauf abziele, keine weiteren Flächen auszuweisen. Letztlich lägen zwei weitere Eingaben von Anliegern der Breslauer Straße bzw. der Bürgerinitiative Rothenmethen/Lohorst/Harkebrügge und Umgebung vor, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt seien.

RH Brunßen verweist auf die umfangreichen Beratungen der letzten Bauausschusssitzung und hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass es bislang keinerlei Planungen der Gemeinde gebe sondern lediglich eine Studie auf den Weg gebracht worden sei, die potenziell geeignete Flächen für Windenergie aufzeigen solle. Hinsichtlich der Fläche Husbäke betont RH Brunßen, dass diese nach dem vorliegenden Gutachten als möglicher Standort für Windenergieanlagen nicht geeignet sei und nach weiterhin geltender Auffassung seiner Fraktion insofern auch nicht in Frage komme. RH Brunßen führt weiter aus, dass es für die Potenzialfläche in Husbäke auch tatsächlich Investoren gegeben habe. Für die Fläche Lohorst stelle sich die Situation hingegen anders dar. Hier gäbe es lediglich einen Interessenten. Zwischenzeitlich habe die Diskussion allerdings dazu geführt, dass zwei Bauerschaften zerstritten seien. Er halte es daher für sinnvoll, dass die beteiligten Akteure ihre Argumente in einer sachlichen Atmosphäre vorbringen könnten. Hierzu sei ein runder Tisch gut geeignet. Vielleicht entwickle sich daraus eine Möglichkeit, die zu einer gemeinsam getragenen Lösung führe. Nach der Katastrophe in Fukushima seien in Berlin und Hannover die Weichen auf einen vorzeitigen Atomausstieg gestellt worden, der nun von den Kommunen geschultert werden müsse. Letztlich habe sich auch das Ammerland zur Energiewende bekannt, hierfür müsse es aber auch klare Rahmenbedingungen geben. Seine Fraktion werde daher dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

RH Apitzsch trägt den Antrag seiner Fraktion vor und ergänzt, dass der vorliegende Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss nicht die erforderliche Klarheit und Sicherheit für die Bevölkerung schaffe sondern nur zu einer Verlängerung der aktuellen Diskussion führe. Die Gemeinde Edeweicht habe sich der landkreisweiten Studie zur Ermittlung von Potenzialflächen angeschlossen und solle sich an den Ergebnissen hieraus orientieren. Danach scheide der Standort Lohorst ob der Nähe zum Standort „Hübscher Berg“ aus. Nach dem vorliegenden avifaunistischen Gutachten zum Standort „Husbäke“ sei auch dieser nicht geeignet. Insofern müsse von der Ausweisung weiterer Standorte für Windenergieanlagen abgesehen werden.

Für die SPD-Fraktion weist RF Taeger darauf hin, dass die Schnittmenge zwischen dem vorliegenden Antrag der UWG und dem Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss durchaus groß sei. Auch könne sie sich den Ausführungen RH Brunßens in weiten Teilen anschließen. Klarzustellen sei aus ihrer Sicht, dass die SPD die vorliegende Studie grds. begrüße. Es sei sinnvoll gewesen, diese gemeindeübergreifend auf den Weg zu bringen um kostengünstig eine Arbeitsgrundlage mit potenziell geeigneten Fläche zu erhalten. Zudem bekenne man sich zum Ausbau erneuerbarer Energien. Auch die Gemeinde Edeweicht müsse

hierzu einen Beitrag leisten. Letztlich liege die Planungshoheit bei der Gemeinde, dies betreffe auch Regelungen zu Abstandsflächen. Es sei nachvollziehbar, dass die Bürgerinnen und Bürger eine abschließende Entscheidung erwarteten. Es gelte aber auch eine ausgewogene und fundierte Entscheidung zu treffen und die benötigte in diesem Falle etwas mehr Zeit.

Zu Beginn seines Wortbeitrages kritisiert RH Heiderich-Willmer, dass der aus dem Verwaltungsausschuss entwickelte Beschlussvorschlag unmittelbar der Presse mitgeteilt worden sei. Dies widerspreche seiner Ansicht nach der grds. Intention der derzeitigen Beschlusslage, im Hinblick auf eine zunächst unbeeinflusste Beratung bspw. auch Unterlagen erst kurzfristig im Ratsinformationssystem zu veröffentlichen. Inhaltlich habe es nach der Katastrophe in Fukushima einen klaren Wählerauftrag gegeben, die Energiewende schnellstmöglich voranzutreiben. Er könne daher dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Zudem sei ihm nicht klar, welche Fragen in diesem Zusammenhang noch offen seien bzw. könnten diese auch in einem Planverfahren erörtert werden. Dem Vorschlag eines runden Tisches könne zwar grds. noch gefolgt werden, einem sich hieraus ergebenden Votum stehe er allerdings eher skeptisch gegenüber, zumal im Übrigen ein Bürgerentscheid in Fragen der Bauleitplanung ohnehin ausscheide. Man müsse sich auch vor Augen führen, dass diejenigen, die sich jetzt gegen Windenergie aussprechen, dieses auf Kosten derjenigen täten, die in unmittelbarer Nähe zu Atomkraftwerken lebten und die Nachteile hieraus dulden müssten. Zudem müsse bei einer Planung auch immer noch der Standort Husbäke im Blick behalten werden, wolle man an dieser Stelle Abwägungsfehler definitiv ausschließen. Selbstverständlich seien die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen. Die Entscheidung dürfe daher nicht auf die lange Bank geschoben werden.

GVOR Torkel stellt in diesem Zusammenhang richtig, dass die Information der Presse über den Beschlussvorschlag aus dem VA die Umsetzung eines eindeutigen Auftrags aus der Politik darstelle und keine Interpretation der Geschäftsordnung sei. Zudem könne er bestätigen, dass bei einem Eintritt in konkrete Planungen grds. alle Flächen betrachtet werden müssten. Dies sei bislang verwaltungsseits auch immer in diesem Sinne kommuniziert worden.

RH Dr. Fittje trägt vor, dass die Einrichtung von „Runden Tischen“ in den betroffenen Ortschaften dazu dienen solle, bestehende Gegensätze abzubauen. Hierbei solle es sich allerdings nicht um eine Pflichtveranstaltung handeln, sondern vielmehr den Bürgern vor Ort die Organisation überlassen werden. Hinsichtlich der Veröffentlichung des VA-Beschlusses bestand im Übrigen Einigkeit unter den Beigeordneten. Aus seiner Sicht sei die Beteiligung an der landkreisweiten Potenzialstudie sinnvoll gewesen. Zudem verweist er darauf, dass beispielsweise das Energiekonzept des Landkreises Ammerland auch andere Maßnahmen als die Errichtung weiterer Windenergieanlagen beinhalte. In Bezug auf die einzuhaltenden Abstände gebe es nicht nur das Problem zwischen Wohngebäuden und Windenergieanlagen sondern auch von Windenergieanlagen untereinander. Deshalb sei es angebracht, über die Gemeindegrenzen hinweg Gespräche zu führen und derzeit keine eigenen Planungen auf den Weg zu bringen. Letztlich müsse man allerdings auch konstatieren, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in 2016 und damit auch die Beschlusslage ändern könne.

RH Apitzsch merkt an, dass alle die Energiewende wollten, allerdings niemand vor der eigenen Haustür. Dies bedeutet wiederum nicht, dass es darum gehen müsse,

möglichst überall Windenergieanlagen zuzulassen. Zudem müssten zunächst Möglichkeiten geschaffen werden, Speichermöglichkeiten für Strom zu schaffen, um bei Überproduktionen keine Anlagen abstellen zu müssen.

Sodann lässt RV Hohnholz über den Antrag der UWG-Fraktion abstimmen, der bei 2 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen der Ablehnung des Rates verfällt.

Der Rat fasst sodann folgenden

Beschluss:

1. Die Gemeinde Edewecht unterstützt die Ziele, die im Klimaschutz- und Energiekonzept des Landkreises Ammerland festgeschrieben sind. Sie sieht die Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien und wird diesen Ausbau im Rahmen ihrer Möglichkeiten fördern.

2. Die Gemeinde Edewecht stellt angesichts zahlreicher offener Fragen zum derzeitigen Zeitpunkt weitere Planungsschritte zur Ausweisung von Sonderflächen für Windenergie zurück.

3. Die Gemeinde Edewecht unterstützt die Einrichtung eines Runden Tisches mit Vertretern der Bürgerinitiativen, der Heimatvereine, der Grundstückseigentümer, möglicher Investoren, politischen Vertretern und Vertretern der Nachbargemeinden. Sie wird ein eventuelles Votum eines solchen Runden Tisches in ihre weiteren Überlegungen einbeziehen.

4. Die weitere Entwicklung der Umsetzung der Energiewende, insbesondere der Rechtsprechung und der gesetzlichen Rahmenbedingungen sind intensiv zu beobachten.

5. Die Gemeinde Edewecht bemüht sich in Fragen der Ausweisung von Sonderflächen für Windkraftanlagen weiter um eine Abstimmung mit allen Nachbargemeinden.

- mehrheitlich beschlossen -
Ja 25 Nein 2 Enthaltung 3

TOP 8.2:

**5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 A an der Dorfstraße in Friedrichsfehn im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2014/FB III/1637**

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Zu den während der öffentlichen Auslegung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 A in der Zeit vom 24.04.2014 bis 23.05.2014 eingegangenen Stellungnahmen wird im Sinne der in der Sitzung des Bauausschusses am 10.06.2014 erarbeiteten Abwägungsvorschläge

entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.

2. Der Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 A, der aufgrund der Vorschriften des BauGB in der zurzeit geltenden Fassung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt wurde, wird in der vorgelegten Form als Satzung mit Begründung beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 A durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen. Auf die Bekanntmachung ist in der Northwest-Zeitung – Ammerländer Teil – hinzuweisen.
3. Der Flächennutzungsplan ist durch die 5. Berichtigung des Flächennutzungsplanes 2013 entsprechend anzupassen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 8.3:

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178 "nördlich der Lajestraße" in Nord Edewecht II im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2014/FB III/1638**

In der kurzen Aussprache zu diesem TOP weist RH Heiderich-Willmer darauf hin, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde. Die ursprünglichen Planungen habe man nur mittragen können, weil eine Häuserzeile vorgesehen war, die unter energieeffizienten und sozialverträglichen Aspekten gestaltet werden sollte. Nachdem die Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft abgesagt habe, sei eine Zusammenarbeit mit weiteren Investoren nicht ernsthaft geprüft worden, so dass er davon ausgehe, dass dies auch nicht gewollt sei.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Zu den während der öffentlichen Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178 „nördlich der Lajestraße“ in der Zeit vom 24.04.2014 bis 23.05.2014 eingegangenen Stellungnahmen wird im Sinne der in der Sitzung des Bauausschusses am 10.06.2014 erarbeiteten Abwägungsvorschläge entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.
2. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178 „nördlich der Lajestraße“, der aufgrund der Vorschriften des BauGB in der zurzeit geltenden Fassung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt wurde, wird in der vorgelegten Form als Satzung mit Begründung beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178 „nördlich der Lajestraße“ durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen. Auf die Bekanntmachung ist in der Northwest-Zeitung – Ammerländer Teil – hinzuweisen.

- mehrheitlich beschlossen -
Ja 27 Nein 3

TOP 8.4:

**6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2013 (vormals 47. Änderung des Flächennutzungsplanes) und Bebauungsplan Nr. 123 "Gymnasium" am Göhlenweg in Edeweicht;
Abschließende Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Vorbereitung des Satzungs- und Feststellungsbeschlusses
Vorlage: 2014/FB III/1584**

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Zu den während der öffentlichen Auslegung zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2013 (vormals 47. Änderung des Flächennutzungsplanes) und zum Bebauungsplan Nr. 123 eingegangenen Stellungnahmen wird im Sinne der Beschlussvorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 28.04.2014 entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.*
- 2. Der Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes (vormals 47. Änderung des Flächennutzungsplanes), der aufgrund der Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird einschließlich Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB in der vorgelegten Form festgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung dieser Flächennutzungsplanänderung beim Landkreis Ammerland zu beantragen.*
- 3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 123, der aufgrund der Vorschriften des BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Form als Satzung mit Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Bebauungsplan nach Genehmigung der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes (vormals 47. Änderung des Flächennutzungsplanes) durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen. Auf die Bekanntmachung ist in der Nordwest-Zeitung -Ammerländer Teil- hinzuweisen.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 9:

Beschlussvorschläge aus dem Wirtschafts- und Haushaltsausschuss

TOP 9.1:

Breitbandausbau im Landkreis Ammerland

Vorlage: 2014/Stab/1604

Nach kurzer Einführung durch GVOR Torkel spricht RH Bekaan die Unterstützung seiner Fraktion für dieses Vorhaben aus. Er weist in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass es auch dort Probleme gebe, wo die Entfernung zwischen

Hausanschluss und Kabelverzweiger zu groß sei. Auch hierfür müsse über Lösungen nachgedacht werden.

RH Brunßen weist darauf hin, dass der gesamte Rat für den Ausbau der DSL-Versorgung in der Gemeinde Edewecht gekämpft habe. Dies sei auch wichtig, wenn die Gemeinde Edewecht sich gegenüber anderen behaupten wolle. Ziel müsse eine vollständige Versorgung sein, wenn man sich als ländliche Gemeinde einen Vorsprung erarbeiten wolle.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Gemeinde Edewecht nimmt an der Initiative zur Verbesserung des Breitbandausbaus im Landkreis Ammerland nach folgenden Maßgaben teil:

- 1. Der Landkreis Ammerland und die Ammerländer Gemeinden/Stadt Westerstede schließen die noch zu ermittelnde Wirtschaftlichkeitslücke für einen nahezu flächendeckenden Ausbau der NGA-Breitbandversorgung im Ammerland durch kommunale Fördermaßnahmen entsprechend der „Rahmenregelung der Bundesregierung zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung“.*
- 2. Für diesen Ausbau einer nahezu flächendeckenden NGA-Breitbandversorgung im Landkreis Ammerland wird eine Wirtschaftlichkeitslücke bis zu einer Gesamthöhe von 4,5 Mio. € erwartet, die hälftig vom Landkreis Ammerland und hälftig von den Ammerländer Gemeinden/der Stadt Westerstede geschlossen werden soll. Der jeweilige Anteil der Gemeinden/Stadt Westerstede richtet sich dabei nach der Anzahl der neu erschlossenen KVZ auf jeweiligem Gemeinde-/Stadtgebiet, unabhängig von gegebenenfalls gemeinde-/stadtgebietsübergreifenden Haushaltsanschlüssen. Für die Jahre 2015, 2016 und 2017 werden hierfür im Haushalt der Gemeinde Edewecht eigene Aufwendungen in Höhe von jeweils 41.000,00 € eingeplant.*
- 3. Die Gemeinde Edewecht beteiligt sich an den Kosten für das Erstellen einer Strukturplanung von max. 150.000,00 € im Jahr 2014 mit einer Summe von bis zu 12.500,00 €.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 9.2:

**Festlegung von strategischen Zielen für die Gemeinde Edewecht sowie Benennung der wesentlichen Produkte für das Haushaltswesen
Vorlage: 2014/Stab/1606**

Anhand der diesem Protokoll als Anlage beigefügten PowerPoint-Präsentation erläutert Herr Dr. Eisner von der Fa. NSI Consult, Braunschweig eingehend den bisherigen Prozess zur Strategieentwicklung und stellt abschließend das Ergebnis zusammenfassend dar.

In der sich anschließenden Aussprache weist zunächst RF Taeger darauf hin, dass das Nichtvorhandensein wesentlicher Steuerungsinstrumente bereits vom

Landesrechnungshof in seinem Bericht 2012 angemahnt worden sei. Genauso wie für ein Wirtschaftsunternehmen sei es auch für die Gemeinde Edewecht erforderlich, Ziele zur Steuerung des eigenen Handelns festzulegen. Die SPD-Fraktion begrüße daher ausdrücklich den bisherigen Prozess, auch wenn dieser schwierig und langwierig gewesen sei. Ihr Dank richte sich daher an die Ratskollegen, die an diesem Prozess mitgewirkt hätten sowie die Vertreter der Verwaltung. Sinnbildlich habe der Rat der Kapitänin nunmehr das Reiseziel genannt. Es sei eine strapaziöse Reise zu erwarten, daher könne man Mitreisende, die das Ziel in Frage stellten, dabei nicht gebrauchen. Auch Christoph Columbus habe ein Ziel vor Augen gehabt, leider hätten ihm die nötigen Controllinginstrumente gefehlt, dieses Ziel auch zu erreichen.

RH Brunßen stellt ebenfalls heraus, dass es zwei Jahre benötigt habe, das strategische Ziel festzulegen und durch einen intensiven internen Beratungsprozess die wesentlichen Produkte zu identifizieren. Allerdings habe sich die anfängliche Skepsis gelegt; der Prozess sei fruchtbar und zielführend gewesen. Jedes gute Unternehmen habe eine Strategie und ein Leitbild an denen sich die Arbeit ausrichte. Die Gemeinde Edewecht verfüge nun auch über diese Möglichkeit. Sein Dank richte sich ausdrücklich an die Verwaltung und die Fa. NSI Consult, die diesen Prozess konstruktiv unterstützt hätten. Leider hätten nicht alle Ratskollegen bis zum Schluss durchgehalten, gleichwohl gebe es eine große Mehrheit, die sich konstruktiv beteiligt habe, auch denen gelte sein Dank.

RH Heiderich-Willmer weist für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen darauf hin, dass man den Prozess aktiv verlassen habe. Dafür gebe es für ihn auch gute Gründe. Zum einen sei suggeriert worden, es gebe eine rechtliche Verpflichtung, die grundlegenden Ziele der Gemeinde zu entwickeln. Die ihm zur Verfügung stehende Kommentierung des Kommunalverfassungsrechts bestätige dies allerdings nicht. Hier werde ausdrücklich davon gesprochen, dass der Rat keine Verpflichtung habe, von der Regelung des § 58 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG Gebrauch zu machen. Für ihn sei zudem das Pferd von hinten aufgezäumt worden, weil es weiterhin an dem grundsätzlichen Beschluss fehle, überhaupt in einen derartigen Prozess einzusteigen. Gleichwohl werde nicht in Frage gestellt, dass man eine strategische Ausrichtung brauche. Der Weg sei allerdings seines Erachtens nicht der richtige gewesen. Im Übrigen hätte es für das in der Arbeitsgruppe entwickelte „Motto“ keiner teuren Beratung durch ein externes Unternehmen bedurft, da es für den Begriff „Nachhaltigkeit“ keine eindeutige Definition in der Arbeitsgruppe gegeben habe. Aus der Mitarbeit habe sich seine Fraktion letztlich verabschiedet, als durch ein mathematisiertes Verfahren die wesentlichen Produkte festgestellt werden sollten und dadurch seines Erachtens eine Objektivierung und Entpolitisierung der Arbeit des Rates stattgefunden habe. Seine Fraktion werde daher dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Dr. Eisner weist klarstellend darauf hin, dass es keine Wahlmöglichkeit der Gemeinde gebe. Es bestehe eine rechtliche Verpflichtung, Ziele und Kennzahlen zu entwickeln und geeignete Controllinginstrumente auf den Weg zu bringen. Dieser Verpflichtung sei die Verwaltung nunmehr in einem sauberen und transparenten Verfahren in vorbildlicher Weise nachgekommen. Er gehe davon aus, dass dieses auch vom Landesrechnungshof entsprechend bestätigt werde.

RH Apitzsch betont, sich nicht auf rechtliches Glatteis begeben zu wollen und werde daher von einer rechtlichen Bewertung absehen. Auch wenn der Prozess langwierig gewesen sei und nicht alle Ergebnisse aus seiner Sicht herausstechend seien, könne er positiv bewerten, dass für wichtige Teile des Haushalts Ziele festgelegt worden seien und diese auch überprüft werden könnten.

RH Martens betont, dass eine Strategieentwicklung und das Implementieren eines Controlling-Systems sicherlich der richtige Weg sei. Diesbezüglich gebe es aber eine Methodenvielfalt, wie man zu dem gewünschten Ziel gelange. Der gewählte Weg stelle eine Ökonomisierung der Kommunalpolitik dar. Es ginge daher nicht darum, das Ergebnis schlecht zu reden sondern auf die aus seiner Sicht ungeeignete Methode hinzuweisen.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die grundsätzliche Ausrichtung der Gemeinde Edewecht als Wohn- und Wirtschaftsstandort – gemeinsam nachhaltig wohnen und wirtschaften – wird als strategisches Entwicklungsziel beschlossen.

Die Festlegung der wesentlichen Produkte entsprechend der Beschlussvorlage wird beschlossen.

Die Ziele und Kennzahlen, die in den als Anlage beigefügten Berichtsbögen enthalten sind, werden beschlossen.

- mehrheitlich beschlossen -
Ja 27 Nein 3

TOP 10:

Beschlussvorschläge aus dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Soziales

TOP 10.1:

Jugendgemeinderat

Änderung der Grundlagen für die Zusammensetzung und Ausstattung des Jugendgemeinderates

Vorlage: 2014/FB II/1643

Nach Erläuterung der in Rede stehenden Änderungen durch die Delegierte des Jugendgemeinderates, Marlene Mörig, fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Neufassung der Grundlagen für die Zusammensetzung und Ausstattung des Jugendgemeinderates wird in der vorgelegten Form zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 10.2:

Platzbedarf im Kindergartenbereich

Situation in Friedrichsfehn

Vorlage: 2014/FB II/1642

Nach kurzer Einführung durch GA Temmen trägt RF Exner vor, dass Edeweicht für Neubürger attraktiv und damit ein weiterer Zuzug verbunden sei. Die Nachfragesituation habe sich im Betreuungsbereich für unter Dreijährige verändert. Hierauf müsse die Gemeinde reagieren. Derzeit bestehe die Nachfrage insbesondere in der Bauerschaft Friedrichsfehn, gleichwohl dürfe man die anderen Bauerschaften nicht aus den Augen verlieren. Sie spreche sich für den vorliegenden Beschlussvorschlag aus.

RH Martens bemängelt, dass der vorliegende Beschlussvorschlag nicht einer strategischen Überlegung entspringe sondern einem konkreten Bedarf, welcher einen gewissen Druck ausübe und dadurch Handlungsspielräume der Politik einenge. Zudem werde durch die Schaffung weiterer kommunaler Plätze die Situation der anderen Träger massiv tangiert, was sich auf künftige Bedarfe auswirke. Das Subsidiaritätsprinzip, welches den Vorrang der freien Träger vorsehe, werde an dieser Stelle nicht beachtet und damit die Trägervielfalt vernachlässigt.

RF Hinrichs stellt dar, dass man sich die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Anhand der vorliegenden Zahlen habe man aber nur eine Entscheidung für Friedrichsfehn treffen können. Ziel sollte eine möglichst ortsnahe Betreuung der Kinder sein.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Zur Deckung der erwarteten Betreuungsbedarfe im Kindergarten- wie Krippenbereich in Friedrichsfehn wird der Umsetzung der Alternative 4, Schaffung von Anbauten an die Krippe Friedrichsfehn, zugestimmt. Es sollen ein Bereich für Kindergartenkinder (über 3jährige) und ein Bereich für weitere Krippenkinder (unter 3jährige) mit geschaffen werden. Ziel soll sein, dass die neuen Gruppen möglichst zu Beginn des Kindergartenjahres 2015/16 zur Verfügung stehen.*
- 2. Zur weiteren Planung der Umsetzung einer solchen Baumaßnahme werden Planungskosten in Höhe von pauschal 50.000 Euro über den Nachtragshaushalt 2014 bzw. gem. § 117 NKomVG außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden. Die notwendigen weiteren Finanzmittel für die Baumaßnahme wären sodann ebenfalls über den Nachtragshaushalt 2014 oder spätestens über den Haushalt 2015 zur Verfügung zu stellen.*
- 3. Die Baumaßnahme wird sodann zur baufachlichen Begleitung an den Bauausschuss verwiesen.*
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Kosten für das notwendige Mobiliar und die Gestaltung des Außenbereiches zu ermitteln und zur Herbstsitzung dieses Fachausschusses zur Beratung vorzulegen.*
- 5. Die notwendigen Förderanträge sind nach Vorlage einer endgültigen Planung und gesicherten Kostenkalkulation verwaltungsseits an das Land Niedersachsen und den Landkreis Ammerland zu richten.*

- mehrheitlich beschlossen -
Ja 25 Nein 2 Enthaltung 2

TOP 11:
Beschlussvorschläge aus dem Schulausschuss

TOP 11.1:
GOBS Friedrichsfehn
Neubau einer Mensa
Vorlage: 2014/FB II/1630

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aus schulfachlicher Sicht ist die Schaffung einer Mensa für die Grund- und Oberschule Friedrichsfehn zeitnah notwendig. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der vorgestellten Variante 4 einen Architekten mit der weiteren Planung des Neubaus und konkreten Kostenkalkulation der Gesamtmaßnahme, d.h. einschließlich der Schaffung eines Fahrradstandes und Neugestaltung des Außengeländes zu beauftragen. Zur weiteren baufachlichen Begleitung wird die Maßnahme an den Bauausschuss verwiesen.

Dem Schulausschuss sind das Ergebnis und die Kostenkalkulation der Planungen des beauftragten Architekten zu einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 11.2:
Änderung der Festlegung der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen der Gemeinde Edewecht
Vorlage: 2014/FB II/1631

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Neufassung der Schuleinzugsbereichssatzung der Gemeinde Edewecht wird in der vorgelegten Form zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Enthaltung 1

TOP 11.3:
Erlass einer Satzung über die Benutzung von gemeindeeigenen Schulhöfen
Überarbeiteter Satzungsentwurf
Vorlage: 2014/FB II/1632

RH Martens verweist in seinem Wortbeitrag auf den Beschluss zur strategischen Ausrichtung, der auch das „gemeinsame Wohnen“ beinhaltet. Dies sei nicht immer leicht umzusetzen. Ihm fehle es daher neben der ordnungspolitischen Maßnahme an dem positiven Anschlusskonzept. Zudem müsse ein präventiver Ansatz gefunden werden. Deswegen sei die Satzung auch im Kinder- Jugend- und Sozialausschuss durchgefallen und erst als „Schutzsatzung“ im Schulausschuss auf den Weg gebracht worden.

GVOR Torkel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die präventive Seite schon in den Gremien diskutiert worden sei und verweist auf die Ausführungen des Jugendpflegers Afkhami in der Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses. Man habe sich u.a. deswegen auch auf den Weg gemacht, einen weiteren Jugendpfleger zu beschäftigen.

RH Apitzsch greift ebenfalls die Ausführungen des Jugendpflegers Afkhami auf, der auf die Notwendigkeit einer solchen Satzung hingewiesen habe. Letztlich könne eine solche Satzung auch wieder aufgehoben werden. Die Festsetzung von Geldbußen sei aus seiner Sicht an der Stelle allerdings keine geeignete Lösung.

RH Brunßen verweist auf die seit zwei Jahren andauernde Diskussion. Eltern beschwerten sich immer wieder über die unhaltbaren Zustände. Zwischenzeitlich habe man beschlossen, einen weiteren Jugendpfleger einzustellen und die offene Jugendarbeit auszubauen.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Der Satzung über die Nutzung der gemeindeeigenen Schulhöfe wird in der vorgelegten Fassung nebst Anlagen zugestimmt. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Satzung entsprechend öffentlich bekannt zu machen.*
- 2. Die gemeindeeigenen Schulhöfe sollen eine entsprechende Hinweisbeschilderung erhalten. Die zur Finanzierung notwendigen Haushaltsmittel von 1.000 Euro sollen gem. § 117 NKomVG außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden.*

- mehrheitlich beschlossen -
Ja 26 Nein 3 Enthaltung 1

TOP 12:

Markierung auf den Wahlplakatwänden, Regularien der Benutzung

Vorlage: 2014/FB II/1651

Zu Beginn der Beratungen erläutert RH Heiderich-Willmer den vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Nach kurzer Aussprache kommt der Rat überein, ein gemeinsames Gespräch zwischen allen beteiligten Parteien anzuberaumen. Bezüglich dort zu erörternder möglicher Regelungen wird die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten.

TOP 13:

Benutzungs- und Entgeltordnung für den Wohnmobilstellplatz am Marktplatz in Edewecht

Vorlage: 2014/FB III/1640

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Benutzungs- und Entgeltordnung für den Wohnmobilstellplatz am Marktplatz in Edewecht wird in der im Verwaltungsausschuss am 24.06.2014 vorgelegten Fassung in Kraft gesetzt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 14:
Annahme von Spenden

Es liegen keine zustimmungspflichtigen Zuwendungen vor.

TOP 15:
Anfragen und Hinweise

TOP 15.1:
Gebäude Deyehof

Auf Nachfrage RH Apitzschs, welche Möglichkeiten bestehen, dem möglichen Verfall des denkmalgeschützten Gebäudes „Deyehof“ entgegenzutreten, wird verwaltungsseits berichtet, dass es mehrere Kontakte gegeben habe und die Eigentümer aufgefordert worden seien, die Beschädigung des Daches zu sichern.

TOP 15.2:
Ziegeleistraße Jeddelloh I

Auf Nachfrage RH von Aschweges zur Aufbringung von Rollsplit auf die Ziegeleistraße in Jeddelloh I wird verwaltungsseits berichtet, dass dort eine Oberflächenbehandlung der Straße durchgeführt worden sei. Damit die aufgespritzte Asphaltsschicht nicht sofort wieder abgerieben wird, ist die Aufbringung des Rollsplits erforderlich geworden.

TOP 16:
Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage eines Einwohners erläutert GVOR Torkel, die Gemeinde Edewecht werde in einem Bauleitplanverfahren zur Ausweisung von Windkraftstandorten angrenzender Kommunen als Nachbargemeinde beteiligt und werde ihre Stellungnahme in das Verfahren einfließen lassen und auf die zu schützenden Belange der Gemeinde Edewecht hinweisen. Ein eventueller Entschädigungsanspruch im Falle einer tatsächlichen Errichtung von Windenergieanlagen könne sich nur gegen die Gemeinde Barßel oder den Betreiber richten und wäre dort vorzubringen.

TOP 17:
Schließung der Sitzung

RV Hohnholz schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um 20:45 Uhr.

Hohnholz
Ratsvorsitzender

Torkel
Gem.-Verw.oberrat

Pannemann
Protokollführer